



# Update aus Berlin

Februar'24 (II)

**ZWEI JAHRE  
ZEITENWENDE!**



Euer Bernhard Selbny

# Inhalt

B

## Zukunftsweisende Beratungs- und Vermittlungsansätze aus Ahlen.



Wie kann individuelle und bedarfsorientierte Beratung durch die Bundesagentur für Arbeit aussehen? Darüber habe ich mich diese Woche mit der parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme und dem Sprecher der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales Martin Rosemann ausgetauscht.

Joachim Fahnemann von der Agentur für Arbeit Ahlen-Münster und Roland Schüßler von der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit haben dazu ein hybrides Beratungs- und Vermittlungsangebot vorgestellt. Das Angebot orientiert sich an den Erwartungen der Kundinnen und Kunden - so muss ein bürgerfreundlicher Sozialstaat auf Augenhöhe aussehen. Partnerinnen und Partner wie Bildungsträger, Handwerksammern, Rentenversicherung und andere werden direkt einbezogen, was die Kooperation untereinander stärkt. Erste Erfahrungen wurden mit der Deutschen Rentenversicherung Westfalen, der Kreishandwerkerschaft Steinfurt Warendorf oder dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe gesammelt. Alle Beteiligten waren sich einig, dass das Beratungsangebot ein hohes Zukunftspotenzial hat und weiterentwickelt werden soll.





## Die Umfrage.

Jetzt seid ihr dran. Ich möchte das Update nutzen, um Euch nach Eurer Meinung zu fragen. Wie die Abstimmung ausgegangen ist, könnt Ihr im nächsten Update einsehen.

Die Legalisierung von Cannabis war eines der zentralen Wahlversprechen der Ampel - kombiniert mit besserem Schutz und mehr Aufklärung. Das Gesetz soll nun am ersten April in Kraft treten und ist derzeit in aller Munde.

**Wie steht Ihr zur Teillegalisierung von Cannabis?**



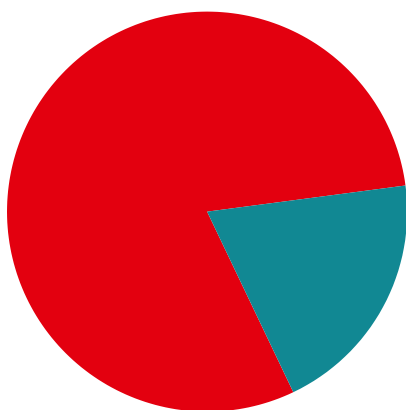
- » Ich bin dafür.
- » Ich bin dagegen.
- » Ich unterstütze grundsätzlich die Entkriminalisierung, finde aber, die Präventionsmaßnahmen im Gesetz reichen nicht aus und es sollte nachgebessert werden.

**Hier könnt Ihr anonym online abstimmen!**

**Letzte Umfrage:**

**Wart Ihr bereits auf einer Demo gegen Rechtsextremismus?**

So habt Ihr abgestimmt:



**Ja, na klar!**



**Noch nicht, aber ich habe es fest vor!**



**Nein, aus meiner Sicht bringen die Demonstrationen nichts.**

*Eine Stimme aus der Umfrage: "Ich war mit meiner ganzen Familie in Oelde mit dabei. Ich möchte mit dazu beitragen dass meine 7 Enkelkinder weiterhin in einer Demokratie aufwachsen und leben können. Als Gewerkschafter und Sozialdemokrat sehe ich es als meine Pflicht an gegen Feinde der Demokratie zu demonstrieren."*

## Veranstaltungsankündigungen im Wahlkreis.

### **Gerechte Steuern – geht das?!**

Freitag, 01. März,  
um 18:30

im GDZ Ahlen,  
Beckumer Straße 34

Gesprächsabend mit

**Lothar Binding**

Bundestagsabgeordneter a.D. und  
Vorsitzender der AG 60plus der SPD

**& Bernhard Daldrup**

Bundestagsabgeordneter,  
Mitglied im Finanzausschuss

**Gerechte Steuern – geht das?!**



Anmeldung:



[www.bernhard-daldrup.de/gerechtesteuern](http://www.bernhard-daldrup.de/gerechtesteuern)



### **Save the Date:**

Am Sonntag, den 10. März  
besucht die Parteivorsitzende  
Saskia Esken den Kreis  
Warendorf!



**Mehr Infos  
folgen!**

## Kräftige Entlastung.

Ein wichtiger Erfolg für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland: Das Wachstumschancengesetz, das am Mittwoch den Vermittlungsausschuss und am Freitag den Bundestag passiert hat, bringt durch die verspätete Verabschiedung eine signifikante finanzielle Entlastung. Durch die Beibehaltung der reduzierten Mehrwertsteuer auf Gas und Fernwärme von 19% auf 7% bis Ende April, werden rund 830 Millionen Euro direkt den Menschen zugutekommen.

Diese Verlängerung der reduzierten Mehrwertsteuer wollten wir von Beginn an. Sie ist ein Zeichen unseres Engagements für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in schwierigen Zeiten. Diese Maßnahme wird in jedem Haushalt spürbar.

Ursprünglich war diese Maßnahme bis zum Frühjahr angesetzt, jedoch stand eine vorzeitige Beendigung zu Beginn des Jahres aufgrund von Sparzwängen, die das Bundesverfassungsgerichtsurteil nach sich zog, im Raum. Die Regierung sah sich veranlasst, auch angesichts fallender Energiepreise, das Ende der Steuersenkung vorzuziehen. Die SPD setzte sich dafür ein, dass Hauseigentümer sowie Mieterinnen und Mieter nicht mit unerwarteten Mehrkosten während der Heizperiode belastet werden. Dies führte zunächst zu einer Verlängerung der Maßnahme bis Ende Februar.

Wir haben uns dafür stark gemacht, die Verbraucher nicht vor Ende März mit der ursprünglichen Mehrwertsteuerhöhe zu konfrontieren und der Energiewirtschaft die benötigte Planungssicherheit zu ermöglichen. Die Beibehaltung der Steuersenkung bis April bedeutet eine direkte finanzielle Entlastung für die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie einen Beitrag zur Stärkung der Nachfrage. Punktsieg.

## Tod von Alexej Nawalny.

Die Mitteilung über den Tod von Alexej Nawalny ist eine grausame Nachricht, für die das russische Regime und sein Präsident die Verantwortung tragen. Alexej Nawalny hat seinen Kampf um Demokratie und Freiheit mit dem Leben bezahlt. Er ruhe in Frieden, seine politischen Ziele werden weiter leben.





## Entkriminalisierung von Cannabis.

In dieser Woche haben wir in 2./3. Lesung den Entwurf eines Cannabisgesetzes der Bundesregierung beraten. Ziel ist, den privaten Anbau, Besitz und Konsum von Cannabis zu entkriminalisieren und zugleich Suchtprävention und Jugendschutz weiter zu stärken. Damit soll auch der Schwarzmarkt für Cannabis zurückgedrängt werden.

Konkret ist geplant, den privaten Anbau zum Eigenkonsum sowie den nicht-gewerblichen Eigenanbau in Vereinigungen oder Genossenschaften – in sogenannten Cannabis Clubs – zu ermöglichen. Diese Clubs benötigen eine behördliche Erlaubnis und werden strikt überwacht. Cannabis darf nur an volljährige Mitglieder der Clubs weitergegeben werden. Für 18- bis 21-Jährige sollen strengere Regeln gelten, etwa ein geringerer THC-Gehalt und eine

geringere Abgabemenge pro Monat durch die Clubs. Für Cannabis oder deren Anbauvereinigungen soll nicht geworben oder Sponsoring betrieben werden dürfen.

Der Besitz und Konsum von Cannabis für Jugendliche unter 18 Jahre bleibt strikt verboten. Für einen umfassenden Kinder- und Jugendschutz sollen weitreichende Konsumverbote geregelt werden. So soll der Konsum von Cannabis in unmittelbarer Gegenwart von Kindern und Jugendlichen grundsätzlich verboten sein. Auch im öffentlichen Raum ist der Konsum etwa in der Nähe von Kitas, Schulen oder Spiel- und Sportplätzen nicht gestattet.

In der Öffentlichkeit soll der Besitz von bis zu 25 Gramm Cannabis künftig nicht mehr strafbar sein. Eigenanbau von bis zu drei Cannabispflanzen soll Erwachsenen am Wohnort gestattet sein. Und um diesen Eigenanbau auch alltagstauglich zu gestalten, soll am Wohnsitz der Besitz von bis zu 50 Gramm Cannabis zulässig sein.

Es ist eine umfassende Evaluation vorgesehen, die sowohl die Auswirkung des Cannabisgesetzes auf Kinder und Jugendliche als auch auf die organisierte Kriminalität beleuchten soll.

### Cannabis – aber sicher!



Wir **stärken den Kinder- und Jugendschutz** für eine nachhaltige Frühintervention und Prävention.



Wir **dämmen** die Weitergabe **verunreinigter Substanzen** bei Cannabis ein.



Wir **schränken den Schwarzmarkt ein** und sorgen für schadensmindernden Zugang für Erwachsene.



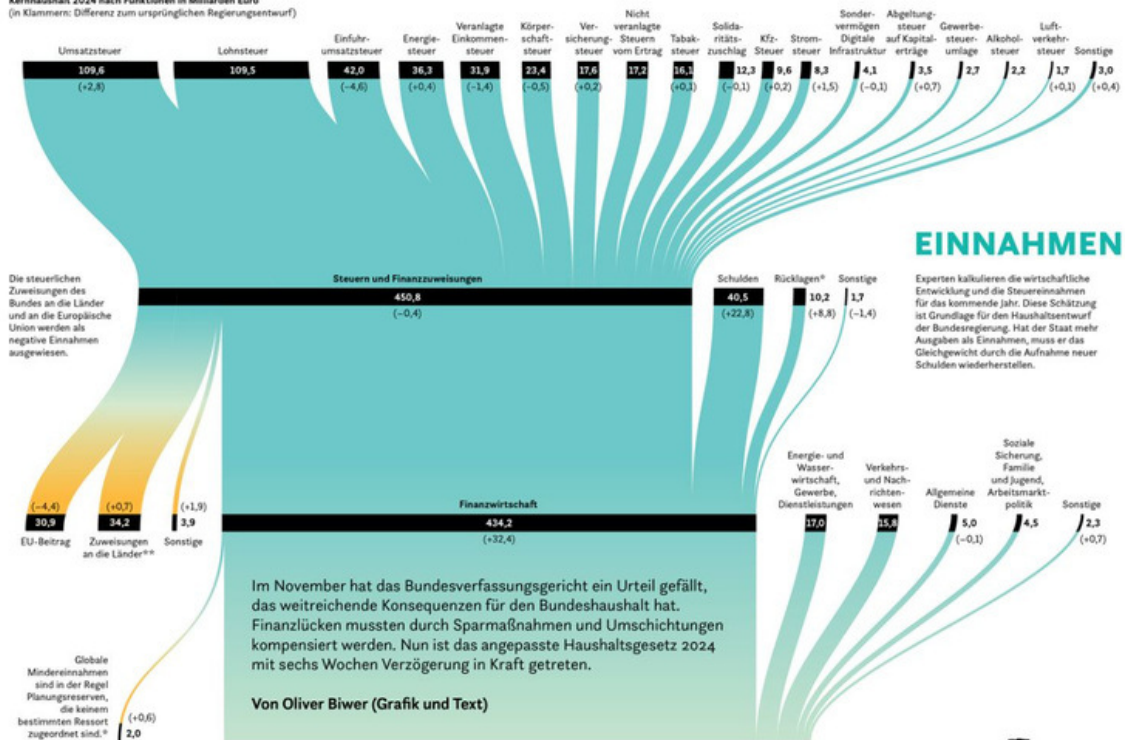
Zwei legale Bezugsquellen **für Erwachsene:**

- Privater Anbau zum Eigenkonsum von bis zu drei weiblichen Pflanzen.
- Gemeinschaftlicher Eigenanbau von Cannabis in Anbauvereinen zum Eigenkonsum.

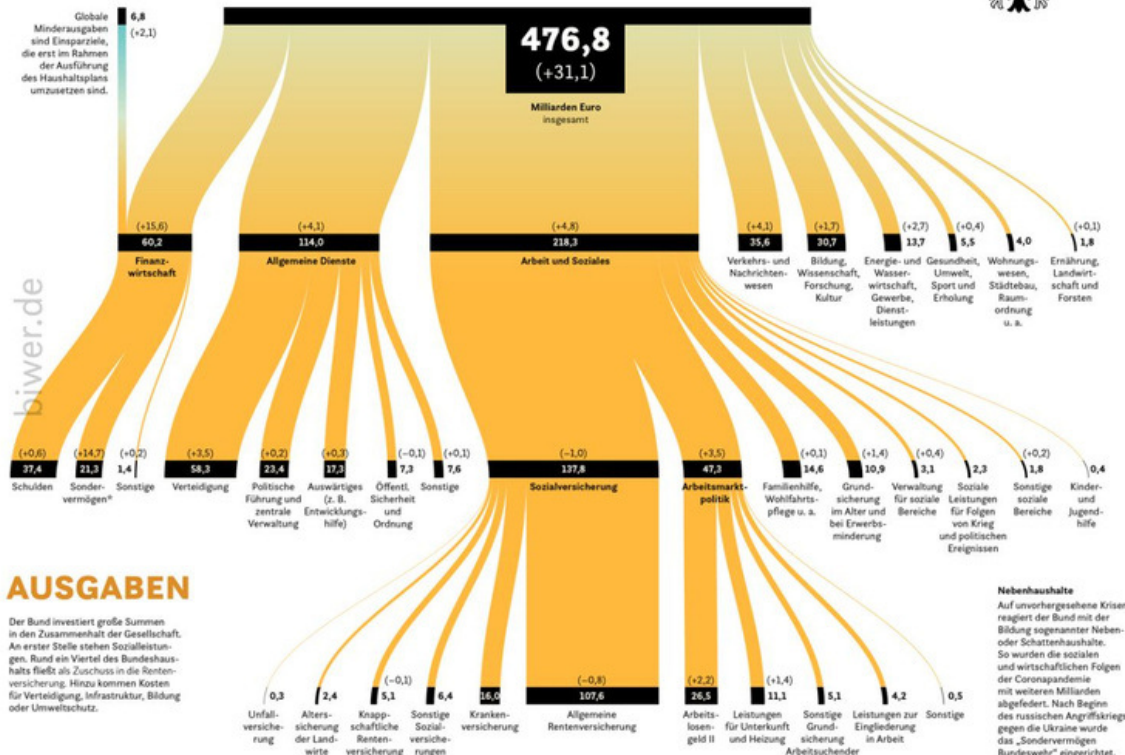
**SPD** Fraktion im Bundestag

# Der Bundeshaushalt.

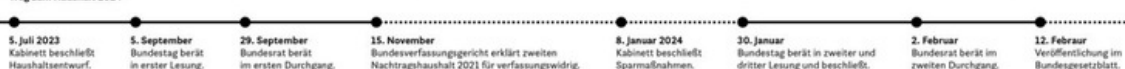
Kernhaushalt 2024 nach Funktionen in Milliarden Euro  
(in Klammern: Differenz zum ursprünglichen Regierungsentwurf)



## Der Bundeshaushalt



Weg zum Haushalt 2024





## Zwei Jahre Zeitenwende.

Heute vor zwei Jahren begann Russland seinen  
Angriffskrieg gegen die Ukraine.  
Vor zwei Jahren wie heute ist für uns klar:

**WE STAND  
WITH UKRAINE!**

AS LONG AS IT TAKES.

**SPD** Fraktion im  
Bundestag

Zehn Jahre sind seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim-Halbinsel durch Russland vergangen. Vor zwei Jahren – am 24. Februar 2022 – ist Russland dann den nächsten Schritt gegangen und hat die gesamte Ukraine überfallen. Putin hat damit nicht nur den Krieg wieder nach Europa gebracht. Er bringt vor allem unermessliches Leid und Zerstörung für die Ukraine. Deutschland unterstützt die Ukraine – finanziell, humanitär und auch militärisch.

Deutschland wird seine Unterstützung auch in Zukunft fortführen. Das betonen die Ampel-Fraktionen in einem gemeinsamen Antrag, der in dieser Woche anlässlich des 10. Jahrestages des russischen Krieges gegen die Ukraine beschlossen wurde. Ziel ist, die Ukraine auch weiterhin in ihrem

Recht auf Selbstverteidigung zu unterstützen, Militärhilfe zu leisten und die Rüstungs- und Munitionsproduktion hierzulande weiter auszubauen. Zugleich bekräftigen die Ampel-Fraktionen, die Ukraine auf ihrem Weg in die NATO zu unterstützen und begrüßen die internationalen Anstrengungen, die Verantwortlichen für den Angriffskrieg gegen die Ukraine und damit für Kriegsverbrechen und zahllose Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Rechenschaft zu ziehen. Putins Imperialismus wurde jahrelang unterschätzt. Deswegen verstehen wir die Unterstützung der Ukraine nicht nur als Akt der Solidarität, sondern als eine notwendige Investition in unsere Sicherheit und den Frieden in Europa und Deutschland.

## Wachstumschancengesetz.

CDU/CSU verweigern sich im Vermittlungsausschuss beim Wachstumschancengesetz. Obwohl längst über Entlastungen der Landwirtschaft verhandelt wird, schiebt sie das Thema Agrardiesel in den VA, obwohl das Thema in dem Gesetz keine Rolle spielt. Das hilft weder der Landwirtschaft, erst recht nicht der Wirtschaft. CDU: Verantwortungslos.

Der Vermittlungsausschuss hat am vergangenen Mittwoch mit der Mehrheit der Koalition einen Kompromissvorschlag zum Wachstumschancengesetz beschlossen. Der zwischen Bund und Ländern einvernehmlich ausgehandelte Kompromiss sieht zielgerichtete steuerliche Impulse für Investitionen und Innovationen vor. Die Union hat sich nun dieser Einigung aus parteitaktischen Gründen verweigert.

## AG Kommunalpolitik.

Um die Kommunen bei der Bewältigung der Migrations- und Integrationsaufgaben nachhaltig und verlässlich entlasten und unterstützen zu können, ist es erforderlich, Integration als Daueraufgabe abzusichern. Ein wiederholtes Auf- und Abfahren von Integrationsstrukturen ist teuer und ineffektiv. Unsere Kommunen brauchen eine krisenfeste Integrationsinfrastruktur mit klaren Zuständigkeitsregelungen bei Integrationsmaßnahmen. Diese Woche haben wir in der AG Kommunalpolitik gemeinsam mit Reem Alabali-Radovan, Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, und Andreas Dittmann, Bürgermeister der Stadt Zerbst, darüber diskutiert, ob vieles besser laufen könnte, wenn Integration eine Pflichtaufgabe in den Kommunen wäre.



Die für die Studie der Hochschule Hildesheim „Integration als Pflichtaufgabe“ interviewten Expertinnen und Experten haben allesamt die Notwendigkeit einer koordinierenden Stelle herausgestellt. Verknüpft werden könnten die notwendigen strategischen Aufgaben mit einer Fallberatung für Neuzugewanderte.

Als Vorbild werden das Förderprogramm "Kommunales Integrationsmanagement" und die kommunalen Integrationszentren in Nordrhein-Westfalen genannt, mit dem Menschen von der Einreise bis zur Einbürgerung begleitet werden. Die kommunalen Integrationszentren hat die damalige SPD-Regierung ab 2012 auf den Weg gebracht. Mittlerweile sind sie in allen 54 Kreisen und kreisfreien Städten vertreten und gelten bundesweit als einmalige Integrationsinfrastruktur.

Wer soll das finanzieren? Zuständig wären zunächst die Bundesländer. Die Migrationsforscher sehen aber auch die Möglichkeit, dass sich der Bund beteiligt. Als Anknüpfungspunkt schlagen sie die im November 2023 ausgehandelte „Kopfpauschale“ für Geflüchtete vor. Dabei geht es um einen Sockelbetrag von bundesweit einer Milliarde Euro für die Unterbringung und Versorgung der Menschen. Dieser Betrag könne erhöht werden, um zusätzlich auch nachhaltige Strukturen kommunaler Integrationsarbeit aufzubauen bzw. abzusichern.

## Podiumsdiskussion „Wohnungskrise nachhaltig lösen“.



Am vergangenen Donnerstag war ich zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Wohnungskrise Nachhaltig Lösen“ eingeladen. Ich habe gemeinsam mit Irmela Colaço (Referentin für Wohnen und Gebäude des BUND), Professorin Gabu Heindl (Professorin und Leiterin des Fachgebiets für Bauwirtschaft und Projektentwicklung an der Universität Kassel) und Maurice Höfgen (studierter Ökonom, Journalist und Autor) einen spannenden Diskurs über dieses wichtige Thema abgehalten.

Besonderen Schwerpunkt legte ich unter anderem auf den sozialen Wohnungsbau. Nach 2,5 Milliarden Programmmitteln in 2023 steigen diese in 2024 auf 3,15 Milliarden Euro an. Im Zeitraum von 2022 – 2027 stellt der Bund für den sozialen Wohnungsbau 18,15 Milliarden Euro bereit.

Ein weiterer mir wichtiger Punkt ist „Junges Wohnen“, welches das BMWBS 2023 aus der Taufe gehoben hat und in 2024 und 2025 den Ländern jeweils 500 Millionen Euro aus dem Programm zur Verfügung stellt.



### Praktikant aus Ahlen im Bundestagsbüro

In den letzten drei Wochen hat mich René Gummich aus Ahlen im Rahmen eines Praktikums in der AG Wohnen begleitet. Lieber René, mein Team und ich danken dir für einen tollen Einsatz!